

Die USA haben gewählt

Warnung vor russischer Desinformation

Bis zuletzt wiesen die amerikanischen Sicherheitsbehörden auf mögliche Wahlmanipulationen hin.

WASHINGTON. US-Sicherheitsbehörden hatten unmittelbar vor Öffnung der Wahllokale in den USA noch einmal vor russischer Desinformation in besonders umkämpften Bundesstaaten gewarnt. „Solche Aktionen bergen die Gefahr, zu Gewalt anzustiften, unter anderem gegen Wahlhelfer“, erklärten die US-Bundespolizei FBI, die Nationale Geheimdienstdirektion (Odni) und die Behörde für Cybersicherheit (Cisa) am Montag (Ortszeit) in einer gemeinsamen Mitteilung. Russland stelle in dieser Hinsicht „die stärkste Bedrohung“ dar.

Im Fokus standen demnach insbesondere die sogenannten Swing States, die für den Wahlausgang bei der Präsidentschaftswahl entscheidend sind, weil sich der Republikaner Donald Trump und die Demokratin Kamala Harris dort ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern. Die Odni hatte in den vergangenen Wochen bereits mehrfach vor Desinformation zur Wahl durch ausländische Akteure gewarnt – insbesondere durch Russland und den Iran.

Zuletzt hatte Odni auf ein Video verwiesen, das ein verfremdetes Interview mit einem Menschen zeigt, der von angeblichem Wahlbetrug im Bundesstaat Arizona zugunsten der Demokratin Harris spricht.

Ende Oktober hatten FBI, Odni und Cisa auf ein millionenfach auf Online-Plattformen angesehenes Video verwiesen, das einen Mann zeigen sollte, der in Bucks County im Swing State Pennsylvania Briefwahlzettel sortiert und die für Trump abgegebenen Stimmzettel zerreißt. Der Wahlvorstand von Bucks County erklärte, dass das Video eine Fälschung sei. Laut den US-Behörden wurde das Video von russischen Akteuren produziert und verbreitet. Bereits im September hatte auch der Softwarekonzern Microsoft erklärt, dass russische Akteure ihre Desinformationskampagne gegen die demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris verstärkt hätten. **AFF**

Regierungszentrale an der Pennsylvania Avenue in Washington

Das Weiße Haus

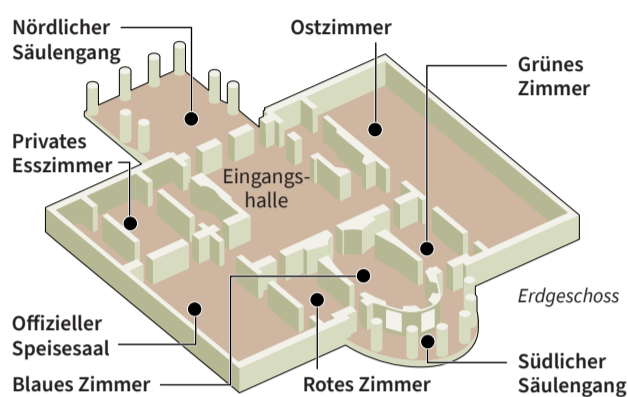
Sitz des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika



Baugeschichte
1792 Baubeginn nach Plänen von Präsident Washington
1800 Erstbezug durch Präsident Adams
1902 Anbau Westflügel unter Präsident Roosevelt
1942 Anbau Ostflügel

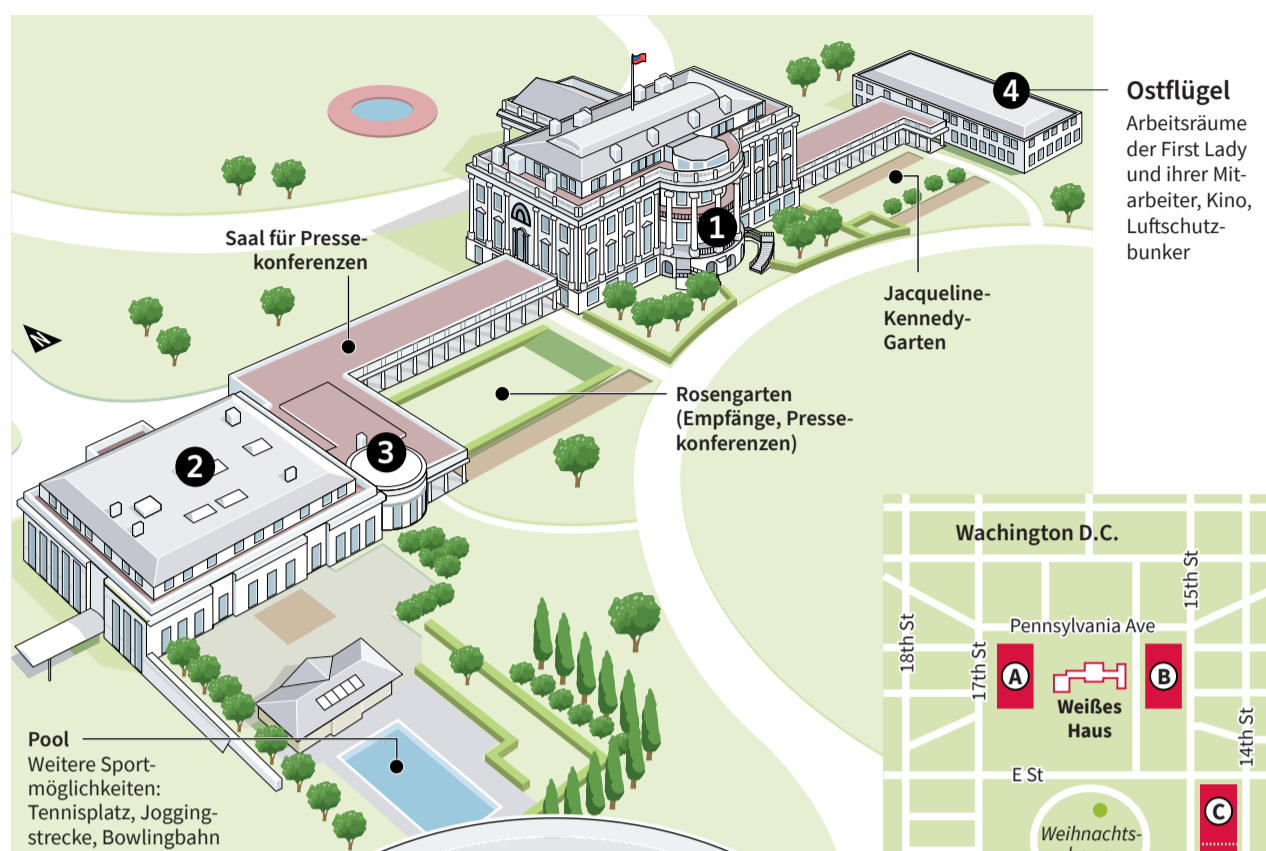
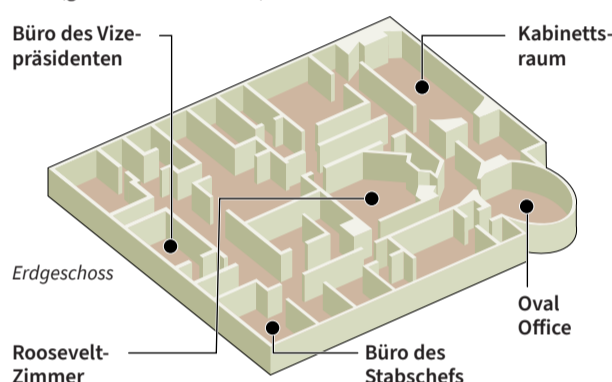
1 Haupthaus

Offizielle Empfänge und Wohnräume der First Family. Insgesamt 132 Zimmer auf 5 109 Quadratmetern

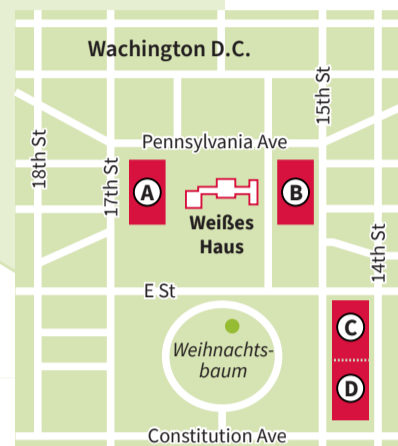


2 Westflügel

Büros der wichtigsten Mitarbeiter des Präsidenten (gilt als Machtzentrum)



Ostflügel
Arbeitsräume der First Lady und ihrer Mitarbeiter, Kino, Luftschutzbunker

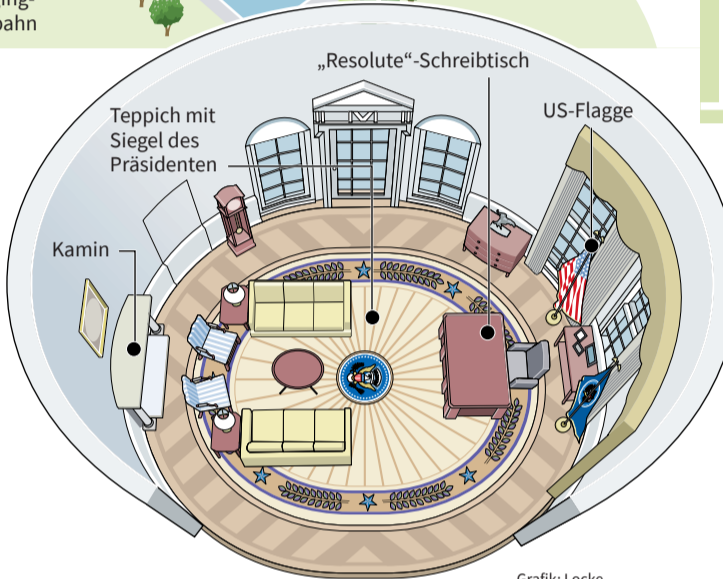


- A** Eisenhower Executive Office Building (Bürogebäude der Regierung)
B Finanzministerium
C Besucherzentrum Weißes Haus
D Wirtschaftsministerium

3 Oval Office

Büro des Präsidenten

Jeder Präsident richtet den Raum nach seinem eigenen Geschmack ein.



Grafik: Locke

Quelle: afp, dpa

Das mächtigste Amt der Welt

Die US-Präsidenten sind durch die Verfassung mit viel Macht ausgestattet und haben lange die Weltpolitik dominiert. Doch das große, vielfältige Amerika zu einen, gelingt ihnen immer seltener. Das freut Diktatoren in aller Welt.

VON MICHAEL WEISENBORN

STUTTGART. Der Spitzname stammt aus der Zeit des Kalten Krieges. Seither gilt der Präsident der USA, der im Weißen Haus residiert und im Oval Office hinter dem schweren Schreibtisch aus Eiche und Mahagoni, dem „Resolute Desk“, die Amtsgeschäfte ausübt, als mächtigster Mann der Welt. Weil ihm die US-Verfassung das Oberkommando über die stärkste Armee der Welt zuweist, inklusive der Befehlsgewalt über die Atomwaffen.

Doch die amerikanischen Verfassungsväter wären wohl überrascht, wie viel nationale und internationale Aufmerksamkeit dieses Amt heutzutage auf sich zieht. Ein übermächtiger Tyrann oder Demagog als Chef der Exekutive war ihnen ein Graus, den sie durch Gewaltenteilung und Verschränkung im Staatsaufbau zu verhindern suchten. So folgt die Stellung des Präsidenten mit nur wenigen, vagen Bestimmungen in Artikel II der Verfassung, nachdem zuvor in Artikel I die Kompetenzen des Kongresses ausführlich aufgelistet werden.

Trotzdem ist es den Inhabern der Präsidentschaft in der Außen- wie der Innenpolitik gelungen, ihre Macht deutlich auszuweiten. Und das seit mehr als hundert Jahren. Schon die Präsidenten Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson machten die Präsidentschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum „Motor des modernen Verwaltungs- und Fürsorgestaates“, sagt der Heidelberger USA-Historiker Manfred Berg (aktuelles Buch: „Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute“). Mit Franklin D. Roosevelts New Deal zur Überwindung der großen Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren und dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg erreichte der Ausbau von Bundesgewalt und präsidentialen Vorrechten eine neue Dimension.

Der Machtzuwachs des Präsidentenamts gipfelte vorläufig im weltpolitischen Engagement der USA im Kalten Krieg in der „imperialen Präsidentschaft“, wie der US-Historiker Arthur M. Schlesinger 1973 beklagte. „Diplomatische Initiativen, multi- und bila-

terale Verteidigungsgarantien sowie das Schmieden und Führen internationaler Koalitionen machen ihn zum wichtigsten Staats- und Regierungschef der Welt“, meint der Politikwissenschaftler Stephan Bierling.

Noch Anfang der 30er Jahre hatte das Büro des Präsidenten nur 140 Mitarbeiter. Doch seit Franklin Roosevelt wuchs eine mächtige Präsidentschaftsbürokratie heran. Unter Präsident Joe Biden arbeiten inzwischen 2000 Mitarbeiter in 17 Behörden, darunter der Nationale Sicherheitsrat (NSC), der Nationale Wirtschaftsrat (NEC) und das für den Haushaltsentwurf zuständige Haushaltsbüro (Office of Management and Budget, OMB). Wer im Erdgeschoss des Westflügels im Weißen Haus arbeitet, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Oval Office, gehört zu den einflussreichsten Beratern des Präsidenten.

Innenpolitisch gelten die Chefs der US-Exekutive heute als nationale Anführer ihrer Parteien. Sie sind die Hauptinitiatoren der großen Gesetzesvorhaben und nutzen ihr Amt als „herausgehobene Plattform“, wie Theodore Roosevelt das einmal formulierte. Zur herausragenden Rolle des Präsidenten

in der amerikanischen Demokratie passt, dass ihm das US-Verfassungsgericht im Juli 2024 eine weitreichende Amtsimmunität zugestanden hat.

Laut Verfassung schützt eine Amtsenthebung (impeachment) nicht vor anschließender Strafverfolgung. Das lege den Schluss nahe, so Historiker Berg, „dass die Verfassungsgeber den Präsidenten nicht über das Gesetz stellen wollten“. In ihrem Urteil vom Juli fordert die konservative Mehrheit des Verfassungsgerichts für eine Strafverfolgung aber den Nachweis, dass dadurch nicht das Funktionieren der Exekutive beeinträchtigt wird.

Das Präsidentenamt ist – neben dem des Vize – das einzige, das aus einer nationalen Wahl hervorgeht. Neben der realen Macht fällt dem Posten auch die Rolle des Staatsoberhauptes zu. Ein Präsident soll die Einheit der Nation repräsentieren. „Die neu gewählten Amtsträger versprechen stets, der Präsident aller Amerikanerinnen und Amerikaner zu sein“, meint der Historiker Berg. Tatsächlich gelinge das aber immer seltener. Die Spaltung zwischen beiden politischen Lagern sei inzwischen so

groß, dass Republikaner und Demokraten die Präsidenten der jeweils anderen Partei verabscheuten.

Konnten früher populäre Präsidenten wie der Republikaner Ronald Reagan Kongressmitglieder der Demokraten für ihre Programme gewinnen, ist das heute nahezu unmöglich geworden. Gesetzes-



Foto: AFP/Kamil Krzaczynski

Kamala Harris, Kandidatin der Demokraten, ist seit 2021 Vizepräsidentin der USA.

initiativen bekommt ein Präsident meist nur noch durch den Kongress, wenn er über Mehrheiten in Abgeordnetenhaus und Senat verfügt. Sonst kommt es regelmäßig zur gesetzgeberischen Selbstlähmung (gridlock). Deshalb greifen Präsidenten immer öfter zu Verwaltungsanordnungen, die ihnen das Vorbereiten am Kongress ermöglichen.

„Donald Trump würde am liebsten wie ein gewählter Diktator regieren“, sagt Manfred Berg über die Populismus-Revolution des Unternehmens. Sollte er am 20. Januar 2025 als 47. Präsident der USA vereidigt werden, würde er seinen Generalangriff auf die älteste Demokratie der modernen Welt fortsetzen. „Nur diesmal sehr viel systematischer.“ Im Falle eines uneindeutigen Wahlausgangs rechnet Berg gar mit dem Schlimmsten: „Die Gefahr eines Gewaltausbruchs ist real.“ Dank ihrer demokratischen Führungsstärke sei die Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris daher die Hoffnungsträgerin nicht nur der Demokraten, sondern auch der liberalen Demokratie.

Sollte Harris, die auch für das multiethnische und weibliche Amerika steht, zur ersten US-Präsidentin gewählt werden, hätte die US-Demokratie in den Augen der Historiker „eine schwere Krise überstanden“. Doch die Präsidentschaftswahl 2024 sei eine „Schicksalswahl“ für die ganze Welt: Eine handlungsfähige US-Regierung, die zu ihren Bündnisverpflichtungen stehe, sei von absolut vitaler Bedeutung für Europa und insbesondere Deutschland, so Berg. Aber: „Die eigentliche Gefahr für die Weltmachtposition der USA geht von ihrer inneren Spaltung und Destabilisierung aus.“ Die Autokraten in Moskau, Peking, Teheran oder Pjöngjang warteten nur darauf.

Starke Maßnahmen zur Absicherung

WASHINGTON. Mit Blick auf befürchtete mögliche Gewaltausbrüche wurden in der Hauptstadt Washington die Sicherheitskräfte verstärkt, Kapitol und Weißes Haus wurden mit Metallbarrieren gesichert, zahlreiche Geschäfte und Bürogebäude verriegelt. In mindestens drei Bundesstaaten – Nevada, Washington und Oregon – wurde die Nationalgarde mobilisiert. Laut Pentagon versetzten mindestens 17 Bundesstaaten Nationalgardisten in Bereitschaft. Die US-Bundespolizei FBI richtete in Washington einen nationalen Wahl-Kommandoposten ein, der rund um die Uhr Bedrohungen im Zusammenhang mit der Wahl analysiert. Die Zahl der Sicherheitsbeamten rund um die US-Wahllokale wurde auf fast 100 000 angehoben. Für die Sicherheit der Wahlhelfer wurden in einigen Orten kleine Geräte mit einer Panik-Taste verteilt. Sie werden an einem Schlüsselband oder in der Hosentasche getragen und sind mit dem Handy ihres Trägers gekoppelt, um bei Gefahr schnell die Sicherheitsbehörden einschalten zu können. **AFF**

So geht es nach der Wahl weiter

Zeitplan Das offizielle Endergebnis der US-Präsidentschaftswahl 2024 wird erst am 6. Januar 2025 vorliegen. Hier die wichtigsten Punkte zum zeitlichen Ablauf:

5. November 2024: Wahltag in den USA.

Bis 11. Dezember 2024: Die Bundesstaaten haben Zeit, ihre Ergebnisse zu zertifizieren.

17. Dezember 2024: Die Wahlleute des Electoral College treffen sich in ihren jeweiligen Bundesstaaten, um formell ihre Stimmen abzugeben.

6. Januar 2025: Der Kongress tritt zusammen, um die Ergebnisse des Electoral College offiziell zu zählen und zu zertifizieren.

20. Januar 2025: Amtseinführungstag – der neue Präsident und der Vizepräsident werden vereidigt und treten ihr Amt an. **red**

Dixville Notch läutete den Wahltag ein

Nordosten Drei Stimmen für Kamala Harris, drei für Donald Trump: Das winzige Dorf Dixville Notch im Nordosten der USA hat traditionsgemäß den Wahltag in den USA eingeleitet. Kurz nach Mitternacht am Dienstag (Ortszeit, 6 Uhr MEZ) gaben die Bewohner ihre Stimme ab.

Gleichstand Mit einem Gleichstand der Stimmen für die demokratische Kandidatin Harris und ihren republikanischen Herausforderer Trump spiegelte das Ergebnis das extrem enge Rennen um das Weiße Haus wider.

Auftakt Dixville Notch in den White Mountains nahe der Grenze zu Kanada gibt seit 1960 traditionell den Auftakt zum Wahltag bei der Präsidentschaftswahl, wird aber eher als Kuriosum und nicht als Leitwert für den Rest der Nation gesehen. 2020 stimmten alle wahlberechtigten Bewohner einheitlich für den Demokraten Joe Biden.

Wahlregeln Die Wahlgesetze im Bundesstaat New Hampshire erlauben es Gemeinden mit weniger als einhundert Einwohnern, ihre Wahllokale um Mitter-

nacht zu öffnen und sie zu schließen, wenn alle registrierten Wähler ihre Stimme abgegeben haben.

Ostküste Der volle Start in den Wahltag begann am Dienstag ab 6 Uhr Ortszeit (12 Uhr MEZ), als in den ersten Bundesstaaten an der Ostküste die Wahllokale flächendeckend öffneten. Die Demokratin Harris und der Republikaner Trump hatten sich in den Umfragen seit Monaten ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert, so dass mit einem äußerst knappen Wahlausgang gerechnet wurde. **AFF**